



Positionspapier der dbb bundesseniorenvertretung zu Teilhabe im Alter

Die steigende Lebenserwartung und der demografische Wandel erfordern Anpassungen in der Stadtentwicklung und beim Wohnungsbau. Die Menschen wollen möglichst lange unabhängig und eigenverantwortlich in ihrer häuslichen Umgebung leben.

Notwendig ist generationengerechter Wohnraum, der den Alltagsbedürfnissen von Familien mit Kindern ebenso entspricht wie denen von Senioren. Bei der Schaffung entsprechenden Wohnraums ist beispielsweise die Barrierefreiheit ab Beginn der Planung von Bauvorhaben, sei es ein Neubau, sei es ein Umbau vorhandenen Wohnraums, zu bedenken. Förderprogramme für Wohnungsneubau sollten dies berücksichtigen.

Dem Wunsch der Menschen nach längerem Verbleib in der häuslichen Umgebung kann auch durch die Entwicklung und Verbreitung nutzerfreundlicher und barrierefreier, technikerunterstützter Assistenzsysteme Rechnung getragen werden. Konkret helfen wohnungsnaher Dienstleistungsangebote, aber auch technische Assistenzsysteme, wobei die Anwendung letzterer grundsätzlich freiwillig sein muss.

Daneben kann der längere Verbleib in der häuslichen Umgebung durch Modelle der Nachbarschaftshilfe oder neue Wohnformen wie beispielsweise das Zusammenleben verschiedener Generationen ermöglicht werden.

Im Rahmen derartiger neuer Wohnformen und Wohnprojekte ist freiwilliges Engagement und Partizipation älterer Menschen nicht nur möglich, sondern gerade wünschenswert. Andererseits darf das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen keine regulären Arbeitsplätze ersetzen und sollte auch nicht dazu dienen, den Lebensunterhalt zu sichern.

Entsprechendes gilt für wohnortnahe soziale und kulturelle Begegnungsorte, die ebenso notwendig sind, um eine aktive gesellschaftliche Teilhabe im Alter zu ermöglichen. In den Städten, aber insbesondere in ländlichen Regionen sind die hierfür erforderlichen Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätsangebote zu schaffen.

Im ländlichen Raum reichen die bekannten Liniensysteme nicht aus, sondern es müssen neue Modelle in Erwägung gezogen werden, wie Anrufbusse, Sammeltaxen oder kombinierte Personen- und Gütertransporte. Letztere könnten auch für mobile Dienstleistungsangebote genutzt werden. Digitale Informationssysteme wären ein weiterer Baustein.

Die zum unabhängigen, eigenverantwortlichen Leben gehörende Partizipation kann in verschiedenster Art erfolgen, so z.B. in Seniorenbeiräten oder ehrenamtlicher Tätigkeit.

Hier seien außerdem genannt freiwillige Dienste, Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Das freiwillige Engagement sollte nicht nur angemessen gewürdigt werden, sondern auch die Rahmenbedingungen wie Kostenerstattung, Versicherungsschutz oder Fortbildungsangebote sollten verbessert werden. Sinnvoll und hilfreich sind ferner die Initiierung und Unterstützung von Netzwerken, wie Freiwilligenzentren, Seniorenbüros oder Selbsthilfekontaktstellen. Auch Projekte mit kulturellen oder sozialen Zwecken bedürfen der Förderung. Förderung und/oder Unterstützung von freiwilligem Engagement und Partizipation müssen jedoch den engagierten Menschen ausreichend Handlungs- und Kreativitätsspielräume lassen.

Viele ältere Menschen leben mit – altersbedingten – Behinderungen. Daher ist auch für sie die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von essenzieller Bedeutung.

Die dbb bundesseniorenvertretung fordert daher:

- Die Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum durch Neubau und Umbau von vorhandenem Wohnraum,
- die Entwicklung und Umsetzung alternativer Wohnformen und –projekte,
- die Entwicklung und Verbreitung nutzerfreundlicher und barrierefreier, technikunterstützter Assistenzsysteme sowie wohnungsnaher Dienstleistungsangebote und Begegnungsorte,
- die Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsinfrastruktur insbesondere auch im ländlichen Raum,
- die angemessene Würdigung ehrenamtlichen Engagements,
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für und Förderung von ehrenamtlichem Engagement und Partizipation,
- die Berücksichtigung der Empfehlungen der Altenberichte sowie
- die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.